



Informationen und Positionen

Unseren Leserinnen und Lesern Glückauf für 2006!

Im Internet: www.linkes-buendnis-dortmund.de
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709

Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen - Texte aus dem Internet von Linkes Bündnis Dortmund 12.05

Personalversammlung Stadtverwaltung

Resolution gegen Arbeitszeitverlängerung

Der Kommunale Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 18.11.2005 den Beschluss gefasst, die bestehende Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden in Frage zu stellen und eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit anzugehen.

Die Personalversammlung der Stadtverwaltung Dortmund vom 07.12.2005 nimmt diese Drohung zur Kenntnis. Wir stellen dazu fest: Angesichts von 4,5 Millionen arbeitslosen Menschen, von Unternehmergeinnen und Profiten in Rekordhöhen, angesichts von kontinuierlich gesteigener Produktivität und Leistungsverdichtung, gibt es keinen Grund für irgendeine Art von Verlängerung der Arbeitszeit. Wir weisen das Ansinnen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen zurück.

Die Dortmunder Verwaltungsspitze fordern wir auf, ihren Einfluss im Arbeitgeberverband zu nutzen um dort einen arbeitszeitpolitischen Amoklauf zu verhindern.

Wir erinnern an die Personalversammlung vom Vorjahre. Dort stimmte eine überwältigende Anzahl von Beschäftigten für die Durchführung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen, falls die Arbeitgeber eine Verlängerung der Arbeitszeit erzwingen wollen.

Wir solidarisieren uns mit den Beamtinnen und Beamten, die zu Mehrarbeit gezwungen wurden und werden und sagen: „Weg mit der 41-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte.“

Wir brauchen kürzere, nicht längere Arbeitszeiten. Zunächst aber geht es um die Verteidigung der bestehenden 38,5 – Stunden-Woche. Wir fordern den Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen auf, seinen Beschluss vom 18.11.05 zurückzunehmen.

Gleichzeitig fordert die Personalversammlung die Dortmunder Verwaltungsspitze auf, sich keiner Variante der Arbeitszeitverlängerung anzuschließen.

Wir fordern die Gewerkschaft Ver.di und den Personalrat auf, alle geeigneten und erforderlichen Maßnahmen zur Information und Mobilisierung der Beschäftigten und auch der Öffentlichkeit anzugehen.

Die Resolution wurde nahezu einstimmig beschlossen. Sie war mit folgender Rede eingebracht worden:

Dietmar Kompa* zur Begründung der Resolution

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der neue Tarifvertrag, der TvöD, war für unseren Bereich ab 01.10.05 in Kraft, war also noch keine 2 Monate alt, da beschloss der KAV NRW (Kommunaler Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen) am 18.11.05, die bestehenden Arbeitszeitregelungen in Frage zu stellen und eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auch in den Kommunen durchzusetzen.

Dass dies keine leere Drohung ist, zeigt allein das Beispiel Baden-Württemberg. Dort hat der KAV (Kommunaler Arbeitgeberverband) bereits die entsprechende Arbeitszeitregelung im Tarifvertrag gekündigt und will nun eine 39, 40, 41 oder wer-weiss-wie-lange-Stunden-Woche für alle Beschäftigten durchsetzen.

Dabei gibt es jede Menge Gründe, die gegen eine Verlängerung sprechen:

- Leistungsverdichtung und Mehrbelastung überall – für die Arbeitgeber kein Argument.
- Bereits erfolgter Stellenabbau im 1000er-Pack, Überstunden ohne Ende, Tendenz wachsend – für die Arbeitgeber kein Argument.
- Aspekte der Gesundheit, der Lebensqualität – die kommen auch bei den öffentlichen Arbeitgebern vor – aber fast nur auf bunt bedrucktem Papier.

Trotz Wirtschaftskrise und Unternehmergejammer – die Produktivität ist gestiegen, Jahr für Jahr, bundesweit und auch in Dortmund. Und daran haben wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unseren Anteil! Gleichzeitig aber dies: Rund 4,5 Millionen Menschen sind arbeitslos, in Dortmund alleine rund 48.000 Kolleginnen und Kollegen!

Auch gestiegen sind die Gewinne der Unternehmer, der Konzerne. Allein die 30 größten am DAX notierten Konzerne erzielten 2004 einen Gesamtprofit von 62 Mrd. Euro (= +100% gegenüber dem Vorjahr). Das ist mehr als das Dreifache aller Investitionen von Städten und Gemeinden! (20,1 Mrd)

Trotzdem sollen die, die noch Arbeit haben, länger arbeiten?! Welche Unvernunft! Nach den neusten Plänen aus Berlin sollen wir bis 65 und 67 Jahre arbeiten. Oma und Opa werden sich dann auf allen Vieren zur Arbeit schleppen, während die Enkel arbeitslos zu Hause sind. Und Depressionen kriegen, weil sie sich überflüssig glauben. Welche Unvernunft! Welch ein Wahnsinn!

Wie können wir die Arbeitgeber nur zur Vernunft bringen? Unsere Argumente haben bisher nichts genutzt. Ich finde, gemeinsam mit unserer Gewerkschaft müssten wir uns auf andere Mittel besinnen und die meisten müssen nicht alle neu erfunden werden. (Es gibt Mittel gegen die „Vernunftresistenz“ der Arbeitgeber).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ja, es stimmt: Es gibt bereits Betriebe und Belegschaften, die länger arbeiten als ursprünglich erkämpft und vereinbart. Meist mit Drohungen von Standortverlagerungen und –schließungen wurden auch kampfstärke Belegschaften – vor Allem der IG Metall – zu Arbeitszeitverlängerungen gezwungen, richtiger muss man sagen „erpresst“.

Ja, es stimmt: auch im öffentlichen Dienst haben sie nach Salamtaktik teilweise Verlängerungen der Arbeitszeit erzwungen, auch unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen arbeiten bereits viel zu lange 41 Stunden die Woche. Deshalb müssen wir auch fordern: „Weg mit der 41-Stunden-Woche bei den Beamten!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Leiter der Verwaltungsspitze, Dr. Gerhard Lange-meyer, hat vor seiner Wahl zum OB bei einer Veranstaltung von Ver.di-Dortmund klar gesagt, dass er eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht will.

O.K., soweit die Worte. Was folgt daraus? Herr Langemeyer, der ja für die Stadt Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband ist, muss sich gegen den dort begon-

nenen unsozialen Kurs einsetzen, den Amoklauf der Arbeitgeber beenden. Dazu fordern wir ihn heute auf.

Die 38,5-Stunden-Woche, die ja eigentlich eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich werden will, wurde uns nicht geschenkt. Durch zahlreiche Streiks, Demonstrationen der Gewerkschaften (übrigens hier in Dortmund beginnend, bei Hoesch) konnte sie erkämpft werden. Sie wurde auch durch teilweisen Lohnverzicht erreicht. Schon damals sprachen die Arbeitgeber vom Ruin der Wirtschaft, vom Untergang der deutschen Industrie. Wir wissen was geworden ist.

Ein letzter Aspekt: Wir brauchen Zeit. Zeit für uns, unsere Familien, Freunde, Zeit zum Leben. Jede Stunde verlängerte Arbeitszeit ist weggenommene, gestohlene „Lebenszeit“. Sie wird uns fehlen. Die Arbeitgeber kündigen Zeitdiebstahl an.

Diebstahl aus wirtschaftlichen Gründen wird mitunter „Wirtschaftskriminalität“ genannt. Ist das Ganze dann noch organisiert, und die Arbeitgeber sind dies ja zweifellos, so spricht man wohl von „organisierter Kriminalität“. Ich fürchte, bei so einer schwerwiegenden Form wird es nicht nutzen, sich auf die „Tatort-Kommissare“ sonntags im Fernsehen zu verlassen. Weder auf die in München, Köln noch Hamburg. (Und in Dortmund gibt's ja eh keine...) Das müssen wir also gemeinsam tun.

Wir brauchen kürzere, nicht längere Arbeitszeiten, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Aber zunächst sagen wir: Weg mit jeder Arbeitszeitverlängerung! Lasst uns beraten, wie wir das schaffen, beraten und handeln!

**Dietmar Kompa ist Vorsitzender des "Linken Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ"*

Zur Personalversammlung erschien HEISSE EISEN 12.05 – die Ausgabe kann im Internet bei www.dkp-dortmund.de gelesen oder bei der o.a. Anschrift angefordert werden.

11. Sitzung des Rats am 10. November

Hierzu gibt es hier kein Protokoll – im Hauptteil der Sitzung wurde der Entwurf des Haushalts 2006 nach dem "Neuen Kommunalen Finanzmanagement" eingebracht. Dazu gab es Reden des Oberbürgermeisters Dr. Lange-meyer: "Weiter wie bisher" und des Kämmers Pehlke: "Unsere Eröffnungsbilanz ist ok". Der Entwurf soll in der Sitzung des Rates am 16. Februar 2006 beschlossen werden. Vgl. im übrigen das Protokoll in der Internetpräsentation der Stadt Dortmund.

12. Sitzung des Rats am 15. Dezember

Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das Protokoll kann in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.

Der Rat beschloss im Vorgriff auf die Beratung des vorgelegten Haushaltsentwurfs im Februar 2006 zahlreiche mit ihm in Verbindung stehende Satzungen und Gebühren sowie Planungsansätze der städtischen Tochtergesellschaften für 2006. Dies ist ein höchst zweifelhaftes Verfahren, da in vielen Fällen die Auswirkungen auf den Haushalt unklar sind. Das meiste wurde trotzdem, in der Regel mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen SPD und

Grüne, beschlossen.

"Resolution zu den geplanten Kürzungen der Landesregierung"

Die Tischvorlage der SPD-/Grünen-Fraktionen war Anlass zu Fensterreden von allen Seiten – als wäre schon wieder Wahlkampf. In einer **Wortmeldung** begrüßte ich generell eine Befassung des Gremiums mit der Politik höherer Gremien zulasten der Kommunen. Ich erinnerte daran, dass Rat und Oberbürgermeister schon früher von links aufgefordert waren, sich gegen solche Rotstiftpolitik z.B. in Berlin zu richten, entsprechende Resolutionen zu fassen und sich an Demonstrationen zu beteiligen bzw. sie selbst durchzuführen. Dies sei stets abgelehnt worden, "weil das nicht Aufgabe des Rates sei". In Wahrheit gehe es darum, dass es im Gegensatz zu den Bürgern für SPD/Grüne ein Unterschied ist, ob SPD/Grüne oder CDU/FDP den Rotstift benutzen.

Ergebnis: Die Resolution wurde gegen die Stimmen von CDU/FDP-Bürgerliste beschlossen. **Zustimmung zur Resolution.**

"Masterplan Integration"

Der Rat behandelte einen von SPD/Grün vorgelegten Auftrag an die Verwaltung, einen "Masterplan Integration" in Anlehnung an das Landesprogramm "Integration mit aufrechtem Gang" aufzustellen. Die Tischvorlage war ein Anlass zu reaktionären Ausfällen der DVU, gegen die weder der OB Ordnungsmaßnahmen durchsetzen konnte noch der Rat außer einem Antrag auf Schluss der Debatte ein Konzept hatte.

Ergebnis: Der Beschluss wurde gegen die Stimmen von CDU/FDP-Bürgerliste gefasst. **Zustimmung zum Vorhaben**

Dringlichkeitsantrag Weihnachtsgeld für Bedürftige

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" beantragte die Ergänzung der Tagesordnung um den dringlichen Punkt:

Weihnachtshilfe für Empfänger von ALG II und Empfänger von Sozialgeld sowie für Heimbewohner

Beschlussvorlage: Der Rat der Stadt Dortmund beschließt die folgende Weihnachtsbeihilfe

- für Bezieher von ALG II
- für Empfänger von Sozialgeld
- für Heimbewohner, die Taschengeld nach dem SGB beziehen, aber keine Weihnachtsbeihilfe erhalten.

Die Weihnachtshilfe ist zweckgebunden und bis zum 24.12.2005 auszahlbar. Sie beträgt

- für den Haushaltsvorstand 80 Euro
- für Haushaltszugehörige 60 Euro
- für Heimbewohner 55 Euro

Begründung: Die Bestimmungen der Verordnung der Regelsatzverordnung sehen vor, dass die im BSHG gewährten einmaligen Leistungen wie die Weihnachtsbeihilfe nicht mehr gezahlt werden. In den Regelsätzen ist allerdings das Ansparen von Summen zur Gestaltung des Weihnachtsfestes und für Geschenke in der Familie bzw. in den Bedarfsgemeinschaften nicht enthalten.

Die Kommunen sind gehalten, ihre Fürsorgepflichten in diesem Punkt selbst zu beraten und zu entscheiden. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt zu finden.

Ergebnis: Der Antrag wurde zugelassen und in der TO weit hinten platziert. Herr Giese sprach für die SPD-Fraktion und erklärte mit einem Satz, das sei zu teuer. Ohne weitere Beratung wurde der Antrag mit den Stimmen der großen antisozialen Koalition SPD/ CDU/Grün/FDP-Bürgerliste abgelehnt. **Zustimmung zum Antrag**

Dringlichkeitsantrag Schutz der Obdachlosen vor Erfrierungstod

"Die Linkspartei.PDS" beantragte die dringliche Ergänzung der TO um den o.a. Punkt. Anlass war der Tod eines Obdachlosen in der ersten Schneenacht in Dortmund. Beantragt wurde als Sofortmaßnahme das Öffnen der U-Bahn-Eingänge.

Ergebnis: Der Antrag wurde zugelassen und nach Redebeiträgen voller Klischees von Grün und SPD unter dem Motto "... wenn die nicht wollen" von der schon zitierten großen antisozialen Koalition abgelehnt. **Zustimmung zum Antrag**

Bebauungsplanänderung zugunsten 'Beginenhof'

Im normalen Schnellverfahren ohne Beratung sollte die Änderung eines Bebauungsplans in der Nordstadt beschlossen werden, mit der im nachhinein die erforderliche Bauleitplanung für das Projekt 'Beginenhof' in der Gutheilstraße abgeschlossen werden musste – der Bau selbst ist bereits weit fortgeschritten. Wegen der besonderen Bedeutung des Verfahrens und seiner inhaltlichen und methodischen Mängel gab ich für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" zu Protokoll:

Wortmeldung: Wenn man in die Geschichte des CEAG-Geländes guckt, das im Rahmen der IBA-Emscherpark mit hohen öffentlichen Mitteln neu strukturiert worden ist, so erinnere ich nicht nur das seinerzeitige Vertreiben von hier selbst tätigen vor allem jungen Menschen, sich selbst organisierenden Künstlergruppen und Werkstattbetreibern aus dem Gelände und aus den Gebäuden, sondern ich erinnere auch, dass der damals hochgelobte neue Städte- und Wohnungsbau einige wichtige Regeln aushebeln durfte. Das wichtigste waren die städtebaulichen Zahlen - die Grundflächen- und die Geschossflächenzahlen wurden weit über das zulässige Maß hinaus erhöht (um 25% bis 50% die GRZ und um 33% die GFZ). Begründet wurde diese Verdichtung des Wohnungsbaus an der Eberstraße damit, dass angrenzend größere öffentliche Grünflächen vorhanden waren - die wurden allerdings mit einem Teil der neuen Gebäude gleich dezimiert. Als Kompensation wurde im Gelände eine Ausgleichsfläche festgelegt, die sowohl bauliche als auch hochwertige Freiflächen in Gemeinschaftsnutzungen öffentlich-rechtlich sicherte. Der Zusammenhang stellt sich schnell her – es handelt es sich genau um diese Fläche, die jetzt privater Nutzung zugeführt wird.

Dies ist der Kern der Änderung des Bebauungsplans, der in der Vorlage mit viel Worten verunklart wird. Sie macht den Weg frei für die Vernichtung der notwendigen Außenraumflächen in unmittelbarer Nähe der vorhandenen und unterversorgten Wohnanlage. Die typischen Defizite der Nordstadt wie der eklatante Freiraummangel werden hier weiter verfestigt. Das Verfahren ist rechtlich und methodisch – also in demokratischer Hinsicht - höchst zweifelhaft und inhaltlich ist es un-sozial und un-grün. Dass nun hier als Bauleitplanung abgesegnet werden soll, was baulich fast schon fertig hergestellt ist, unterstreicht

den Aspekt der Entmachtung demokratisch legitimierter Arbeit im Stadtparlament. Nach meiner Kenntnis setzen Bauleitverfahren zwar Ziele, sie sind aber ergebnisoffen zu führen. Das vorliegende Verfahren trägt dieser Grundregel in keiner Weise Rechnung. Dass es sich bei einem Beginenhof um ein ehrenwertes Projekt handelt, gegen das niemand, ich jedenfalls nichts einwende, vertieft die Kritik am Verfahren, meine jedenfalls. Mit so hoch stilisiertem Anspruch an ein Vorhaben wird etwaiger Widerspruch zur Methode seiner Realisierung am leichtesten mundtot gemacht. Auch dies hat Methode und zwar auch eine schlechte. Präzedenz für andere kündigt sich an.

Zur Begründung heißt es jetzt, die vorgesehen und festgesetzt gewesene Nutzung der Fläche habe nicht verwirklicht werden können. Wessen Problem war das? Im Nachhinein wird jetzt die Ausgleichspflicht für den Eingriff in die öffentliche Grünfläche durch die Bebauung an der Eberstraße grundsätzlich in Frage gestellt – dies ist rechtliche Trickserei als Argument gegen die Ansprüche der Bewohner/innen auch in der Nordstadt auf gesunde Wohnverhältnisse.

Aus der Gemeinbedarfsfläche – meiner Erinnerung nach eingeschossig mit GRZ/GFZ 0,3 festgesetzt gewesen, in der Beschlussvorlage wird das nicht erwähnt - wird nun eine für privaten, öffentlich geförderten Wohnungsbau in GRZ 0,4 und GFZ 0,9 und aus der Gemeinschaftsfläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft wird nun eine verkleinerte private Grünfläche. Die Lyrik der Begründung, wie diese Fläche in Zukunft einer "definierten Allgemeinheit" zur Verfügung stehen soll, hat hohen Unterhaltungswert, ist aber keine belastbare Festlegung.

Auf eine eher zynische Weise unterhaltsam ist auch der Text zum Gender Mainstreaming / Gender Planning. Endlich gibt es einmal ein wirkliches Frauen-Vorhaben. Da lässt sich dem ewig gleichen nichtssagenden Textbaustein in den Vorlagen des Hauses ja mal etwas Konkretes hinzufügen, nämlich: "... Hinsichtlich des gesamten Stadtquartiers erhalten damit die eher benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Chancengleichheit und werden in den Stand gesetzt, die Räume zu nutzen und an ihnen teilzuhaben." Worin soll denn die "Teilhabe und Chancengleichheit der eher benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Quartier" an diesem Projekt bestehen? Was ist, wenn die Benachteiligten eine andere Vorstellung von der räumlichen und sozialen Nutzung als die Eigentümerinnen des Projekts haben? Die Lage der Frauen im Stadtquartier ist eine andere als die der Mittelschicht, die dieses Projekt betreibt. Das Projekt geht sie nichts an und es ändert an ihrer Situation nichts.

Noch einmal: Nicht gegen die Idee "Beginenhof" gerichtet, sondern mit Blick auf die aufgezeigten Mängel und Fehler in Verfahren und Ergebnis lehne ich die Beschlussvorlage ab.

Ergebnis: Von der Verwaltungsbank kam kein Wort der Erklärung oder Erwidern. Frau Reuter, Grüne, meinte, das Projekt 'Beginenhof' sei doch eine gute Sache, ohne sich auf die Kritik im einzelnen zu beziehen. Herr Harnisch, SPD, meinte, an meiner Stellungnahme sei vieles nicht richtig, ohne im einzelnen zu sagen, was nicht richtig sei. Abschließend wurde der Beschluss von allen Fraktionen gefasst. **Ablehnung des Beschlusses**

Planfeststellung für den Neubau eines Teils der A40 (B1) in Tunnellage

Die seit 15 Jahren geplante Untertunnelung der B1 von der Märkischen Straße bis zur B236n ist ein strittiges Vorhaben geblieben – Anziehen weiterer Verkehre auf die A40/B1, Kürze des Tunnels (3,6 km), nahe beieinander liegende Ein- und Ausfahrten mit massiven Eingriffen in die angrenzende Bebauung, wenig Rückbau an der Oberfläche u.a.m. Der Grundsatzbeschluss stellt die im Planfeststellungsverfahren notwendige "Stellungnahme der Stadt Dortmund als Trägerin öffentlicher Belange" dar.

Ergebnis: Der Beschluss wurde von allen Fraktionen gefasst. **Ablehnung des Beschlusses**

Beantwortung von Anfragen

Anfrage zur EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II 2000 – 2006, Nordstadt

Der am 03.11. dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegte Zwischenbericht zum Projekt- und Finanzcontrolling der URBAN II-Initiative in der Nordstadt gibt Anlass zu der Vermutung, dass dieses Controlling unzulänglich funktioniert (mag es am Controlling selbst oder an den zu kontrollierenden Projekten liegen). Der Mittelabfluss ist besorgniserregend niedrig - bis zum Berichtstermin nur knapp 20%, in der Prognose bis zum Jahresabschluss höchstens 50%! Nur sehr vage werden angezielte Arbeitsplatzzuwächse und Betriebsgründungen im privaten Sektor angedeutet.

Es werden zahlreiche und sicherlich ernst zu nehmende Begründungen für die Schwierigkeiten bei Start und Durchführung der Projekte gegeben – durchgehend handelt es sich um für solche Vorhaben übliche Probleme, die bereits in der Planung hätten berücksichtigt werden können und müssen. In diesem Kontext wird im Zwischenbericht mehrfach auf Personalengpässe und auf den Einsatz von Ein-Euro-Jobs in der Durchführung der Projekte hingewiesen.

Namens "Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Wie viel Personal - strukturiert nach Alter, Geschlecht, Qualifikation und Vertragssituation - wird in der Projektgruppe 6/URBAN II eingesetzt? Entspricht dies der Planung?
2. Wie viele Träger sind mit den insgesamt 29 Projekten betraut? Haben einzelne Träger mehrere Projekte durchzuführen - wenn ja, wie viele Träger führen wie viele Projekte durch?
3. Wie viel Personal - strukturiert nach Alter, Geschlecht, Qualifikation und Vertragssituation - ist in den 29 Projekten selbst ordentlich (sozialversicherungspflichtig) beschäftigt? Entspricht dies der Planung?
4. Wie viele Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und wie viele Arbeitsgelegenheiten - strukturiert nach Alter, Geschlecht, Qualifikation und Vertragssituation - werden in den Projekten oder von ihnen aus betrieben? Entspricht dies der Zielstellung?
5. Wie viele Beschäftigungsverhältnisse - strukturiert nach Alter, Geschlecht, Qualifikation und Vertragssituation - wurden durch die Projekte bisher in der Nordstadt initiiert? Entspricht dies der Zielstellung?
6. Wie viele Gründungen von Unternehmen – strukturiert nach Branchen - wurden durch die Projekte bisher in der Nordstadt initiiert? Entspricht dies der Zielstellung?
7. Welche Maßnahmen sind geplant, um eine dem vorgegebenen Zeithorizont entsprechende Durchführung der Projekte sicherzustellen? Welche Nachteile sind

zu erwarten, wenn sich keine anforderungsgerechte Projektsteuerung herstellen lässt?

Antwort: Das EU-Programm URBAN II ist darauf ausgerichtet, durch entsprechende Projekte die Wohn-, Lebens- und soziale Situation der Menschen in der Nordstadt grundsätzlich zu verbessern, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, die Integration von ethnischen Bevölkerungsgruppen zu stärken und möglichst nachhaltige Strukturen aufzubauen. Das Programm ist nicht darauf ausgelegt, im Sinne einer Planwirtschaft umgesetzt zu werden.

Die in der Anfrage geäußerte Vermutung, dass das Controlling im Bereich URBAN II unzulänglich funktioniert, ist nicht zutreffend. Das Programm URBAN II ist mit einer Vielzahl von Kontrollinstanzen auf den verschiedenen Ebenen - EU, Bund, Land, Bezirksregierung und Stadt Dortmund - ausgestattet und wird von dort verantwortlich wahrgenommen.

Der Mittelabfluss ist nicht als besorgniserregend zu bezeichnen. Das EU-Programm URBAN II endet zwar formal 2006, Zahlungen noch laufender Projekte können aber bis Ende 2008 getätigt werden. Gegenüber der EU müssen die Maßnahmen bis Mitte 2009 abgerechnet werden. Die Projektplanung und Mittelverausgabung des Gesamtprogramms ist hierauf ausgerichtet.

Die Koordinierung der 29 Einzelprojekte, die von 15 Trägern, 5 Auftragnehmern und 5 Stadtämtern umgesetzt werden bzw. wurden, erfolgt durch die auf Grundlage einer Organisationsverfügung mit 15 Personen (11 Vollzeit- und 4 Teilzeitstellen) besetzte Projektgruppe 6/URBAN II. Dieser Verfügung entsprechend sind aus unterschiedlichen Fachbereichen kompetente und für die anstehenden Aufgaben qualifizierte Personen in der Projektgruppe zusammengeführt worden.

Wie viel Personal in den Projekten mittel- und unmittelbar beschäftigt ist, ist nicht erhoben. Dies ist auch keine Zielgröße des URBAN II-Programms.

Bis Ende 2004 besuchten 2.332 Teilnehmer/innen Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. 203 Arbeitsplätze wurden geschaffen und 16 Existenzgründungen wurden erreicht. 2.435 kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) wurden allgemein bis intensiv unterstützt. Die jeweiligen Zielgrößen wurden in allen Fällen überschritten. Die Auswertung der Kennzahlen für 2005 erfolgt im 1. Halbjahr 2006.

Mit geringen Ausnahmen sind für die URBAN II-Projekte entsprechende Aufträge oder Bewilligungsbescheide erteilt, Baubeschlüsse gefasst und die Mittelverausgabungen bis 2008 geplant. Es ist sichergestellt, dass die Projekte in der beabsichtigten Qualität durchgeführt werden.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass personenbezogene Daten nicht veröffentlicht werden können.

Kommentar: Die Antwort vermeidet konkrete Angaben und sagt deshalb wenig aus. Allerdings wird aus ihr klar, wie wenig ergebnisorientiert dieses Programm für die Nordstadt durchgeführt und mit Blick auf Ziele und Qualitäten, aktuelle und nachwirkende Erfolge kontrolliert wird. Motto scheint zu sein: "Es passiert doch etwas, also gut!" Das Programm und seine Durchführung können in dieser Form die Entwicklung der Nordstadt nicht wirklich befördern. Also hinter großen Worten: 'Tropfen auf den heißen Stein', Beruhigung, Ablenkung, Schönfärberei, Verschleierung weiteren sozialen Abbaus?! Zu solcher Absicht stehen die zunehmenden Razzien in Straßen, Lokalen und Betrieben der Nordstadt allerdings in scharfem Kontrast ...

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Stadt Dortmund als Trägerin von Ein-Euro-Jobs

Zur Erinnerung: Im Sommer hatte Wolfgang Richter die Einführung von Ein-Euro-Jobs bei der Stadt Dortmund grundsätzlich kritisiert und insbesondere die Praxis der Durchführung im "Konzern Stadt Dortmund" angegriffen. Der OB hatte nur ausweichend geantwortet. Im Herbst hatte Wolfgang Richter in einem Offenen Brief eine Dienstaufsichtsbeschwerde angekündigt, falls keine zufriedenstellende Aufklärung über die Praxis erfolge. Dies ist nicht geschehen. (Vgl. im einzelnen diese "Informationen und Positionen", zuletzt die Ausgabe 10.05, oder im Internet: www.linkes-buendnis-dortmund.de)

Dortmund, den 24. November 2005

Regierungspräsident Arnsberg

Betr: Stadt Dortmund

Durchführung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, namens des Linken Bündnis Dortmund bitte ich um Wahrnehmen der Dienstaufsicht im folgenden Sachverhalt: Trägerschaft und Verwaltung von "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung" in der Stadt Dortmund. Zweifel an einer zielgerechten und sachgemäßen Durchführung. Anfragen ohne Antworten bzw. sachgerechten Bericht.

Der zur Überprüfung angemahnte Sachverhalt ergibt sich aus den beigefügten Unterlagen. Die Kernpunkte des Zweifels sind:

1. In der Regel fehlende Eingliederungsvereinbarungen und fehlende Ausgestaltung der Arbeitsgelegenheiten im Hinblick auf die individuellen Erfordernisse der zu den Arbeiten verpflichteten Menschen
2. In der Regel konstruierte Zusätzlichkeit der Arbeitsgelegenheiten – allgemein handelt es sich um das Erfüllen von Pflicht- oder Regelaufgaben und um Ersatzleistungen für nicht (mehr) vorhandene Normalarbeitsplätze
3. In der Regel fehlende Qualifizierung zur Beschäftigungsbefähigung für den ersten Arbeitsmarkt und fehlende Perspektive für eine Vermittlung dorthin
4. In der Regel zu niedrige Ausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen aus dem Budget der Fördergelder, sowohl für die zu den Arbeiten verpflichteten Menschen individuell als auch für die Arbeitsgelegenheiten insgesamt
5. Nicht ausgewiesene Ausgaben für Verwaltungsmaßnahmen aus dem Budget der Fördergelder, nicht nachvollziehbar für die zu den Arbeiten verpflichteten Menschen individuell wie für die Arbeitsgelegenheiten insgesamt
6. Mißbräuchliches Verschieben erheblicher Teile der zweck- und personenbezogenen Fördergelder zur Ausstattung der Verwaltung für spätere und andere Maßnahmen und Aufgaben
7. Nichtanerkennung der Arbeitsergebnisse der zu ihrer Herstellung verpflichteten Menschen, und ihr Nicht-einstellen in den Produktbereichen und Produkten des kommunalen Haushalts

Der Bitte um Wahrnehmen der Dienstaufsicht liegen zugrunde:

- + Anfrage zur Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 30.06.2005 (Anlage 1)
- + Antwort des Oberbürgermeisters im Rat der Stadt Dortmund am 30.06.2005 (Anlage 2)
- + Auswertung unter dem Titel "Arbeitsgelegenheit – Arbeiten ohne Wert?" (Anlage 3)
- + Protokollauszug der Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 22.09.2005 (Anlage 4)
- + Mein Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund am 07.10.2005 (Anlage 5)
- + Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund an mich am 03.11.2005 (Anlage 6)
- + Mein Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund von heute (Anlage 7)

Ich bitte um Empfangsbestätigung und zu gegebener Zeit um einen Bericht. Mit freundlichem Gruß



(Prof. Wolfgang Richter)

Am 9. Dezember wurde der Eingang durch die Bezirksregierung bestätigt. Es wurde hinzugefügt, der Oberbürgermeister sei um Stellungnahme gebeten worden. Voraussichtlich werde sie innerhalb eines Monats vorliegen.

Gemeinsam gegen Neonazis

Am 28. Januar 2006

Für diesen Tag - zwischen den Gedenktagen für die Befreiung von Auschwitz und an die Machtübergabe an Hitler - haben Rechtsextremisten in vier Städten Aufmärsche angekündigt. Auch in Dortmund wurde zum Widerstand aufgerufen, vom "Bündnis Dortmund gegen Rechts", vom "Linken Bündnis Dortmund" und vom DGB Östliches Ruhrgebiet.

Erklärung des "Bündnis Dortmund gegen Rechts"

... Das infame Logo "Dortmund ist unsere Stadt", das von den Rechtsextremisten bereits offen durch die Stadt getragen wird, muss von allen demokratischen Kräften vehement zurück gewiesen werden: "Keine Straßen, keine Plätze, keine Räume für Aktionen der Neonazis in unserer Stadt!" Das gilt es am 28. Januar 2006, für den die Neonazisten ihre nächste Demonstration angekündigt haben, mit Nachdruck zu vertreten und durchzusetzen.

Offener Brief

an Oberbürgermeister und Fraktionen im Rat

Dortmund, den 14. Dezember 2005

... für den 28. Januar 2006 haben neonazistische Gruppierungen Demonstrationen parallel in Berlin, Karlsruhe, Celle und Dortmund angekündigt und angemeldet. Es ist nicht irgendein freier Tag in ihren Kalendern, sondern gezielt der Samstag zwischen den historisch besetzten Tagen 27. und 30. Januar.

Das "Linke Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" begrüßt es sehr, dass wichtige Kräfte in der Stadt, die sich Verdienste in der langwährend notwendigen Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen erworben haben, zusammen gekommen sind, um eine Antwort auf die neuerliche politische Provokation zu finden.

Wir unterstützen jede Aktivität, die hilft, endlich das Verharmlosen zu beenden.

Neonazis laufen inzwischen unverfroren mit der Parole "Dortmund ist unsere Stadt" durch unsere Stadt, zum Beispiel am 3. September diesen Jahres, als sie unter diesem Slogan in aller Öffentlichkeit mit der Dortmunder Polizei diskutierten.

Wir appellieren an Sie, erinnern Sie sich an die vom Rat am 21. April diesen Jahres gefasste "Resolution gegen rechtsextreme Gewalt: ... Der Rat ruft alle Demokraten in Dortmund auf, sich von rechtsextremem Gewalt nicht einschüchtern zu lassen und den Rechtsextremen überall aktiv entgegen zu treten. Der Rat appelliert an alle, die Verantwortung in unserer Stadt tragen, rechtsextreme Umtriebe mit allen gebotenen Mitteln zu unterbinden." Es ist an der Zeit, Farbe zu bekennen.

Wir appellieren an Sie, reihen Sie sich in den Widerstand der Bürgerschaft ein. Beteiligen Sie sich daran, den alten und neuen Nazis den politischen Weg zu versperren. Suchen Sie den Platz, den Sie kommunalpolitisch beanspruchen – Sie finden ihn in den vorderen Reihen. Dortmund ist nicht die Stadt der Nazis. Es geht um unsere Stadt!

Gez. Prof. Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ"

Aufruf des DGB Östliches Ruhrgebiet

Dortmund bleibt unsere Stadt - Neonazis stoppen!

Mehrere hundert Neonazis planen in Dortmund am Samstag, 28. Januar 2006, unter dem Motto "Gegen staatliche Repression - weg mit dem § 130 Strafgesetzbuch" (Volksverhetzung) eine Demonstration und mehrere Kundgebungen. Auch dieser Aufmarsch steht offensichtlich unmittelbar im Zusammenhang mit den Bemühungen, Dortmund zu einem ihrer nationalen Zentren aufzubauen. Die jüngste Parole der Neonazis lautet: "Dortmund ist unsere Stadt".

Der DGB ruft die Repräsentanten aus Politik, den Kirchen, Verbänden, der Wirtschaft und Wissenschaft auf, am 28. Januar - einen Tag nach dem internationalen Holocaustgedenktag - mit vielfältigen Aktivitäten und Aktionen ein unübersehbares und deutliches Zeichen zu setzen, um unter Beweis zu stellen, dass Dortmund eine weltoffene und demokratische Stadt ist und bleibt.

Wir rufen alle Demokraten auf, sich von rechtsextremem Gewalt nicht einschüchtern zu lassen und den Rechtsradikalen überall aktiv entgegen zu treten, rechtsextreme Umtriebe mit allen gebotenen Mitteln zu unterbinden.

Der DGB Östliches Ruhrgebiet führt zu diesem Aufruf eine Unterschriftenaktion durch: "Ich werde mich an Aktivitäten des DGB und anderer demokratischer Organisationen gegen den Aufmarsch von Neonazis am 28. Januar 2006 beteiligen" – Wer beim Sammeln von Unterschriften helfen will, kann die Listen beim DGB am Ostwall 17 beziehen oder per E-Mail anfordern: dortmund@dgb.de. Auf diesem Weg kann der Aufruf natürlich auch direkt unterschrieben werden. Aufruf und Unterschriftenliste sind auch auf unserer Internetseite zu finden und zu kopieren: www.linkes-buendnis-dortmund.de

Am 27. Januar 2006 von 17.00 bis 18.00 Uhr gedenkt das "Bündnis Dortmund gegen Rechts" mit Unterstützung vieler Organisationen auf dem Reinoldikirchplatz der Befreiung von Auschwitz: "Dein aschenes Haar, Sulamit ..."

Gespräche zwischen den Linken in Dortmund

Bereits anlässlich des UZ-Pressfestes im Sommer 2005 hatte das "Linke Bündnis Dortmund" zu einer Diskussion über die Perspektive der Linken in Dortmund PDS, WASG und Sozialforum eingeladen. Das Gespräch wurde nach der für die Linkspartei.PDS erfolgreichen Bundestagswahl weitergeführt – am 21. November trafen sich auf Einladung des "Linken Bündnis Dortmund" Vertretungen von Linkspartei.PDS, WASG, DIDF bei ihr. Neben der Analyse der Bundestagswahl standen Ziele und Vorhaben der Beteiligten, ihre Stärken und Schwächen sowie Möglichkeiten gemeinsamer politischer Aktivitäten vor Ort im Mittelpunkt des Gesprächs. Zu den konkreten Verabredungen gehörten das Unterstützen des Sozialforums in dessen Dezember-Aktion für ein Null-Ticket im ÖPNV, der Widerstand gegen die geplante Aktion von Neonazis am 28. Januar 2006 und die Mobilisierung gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie in der derzeitigen Fassung. Schließlich wurde verabredet, das von allen Beteiligten als konstruktiv empfundene Gespräch am 10. Januar 2006 weiter zu führen und dabei sowohl aktuelle gemeinsame Aufgaben als auch die weiter reichende Perspektive zu beraten.

Kleine Nachschläge

In der letzten Ausgabe (10.05, Seite 2) hatten wir über die von der Verwaltungsspitze geplante und im Rat am 22. September beschlossene **Zusammenlegung von ARGE und DoDi** berichtet und unsere - einsame - Gegenposition dargestellt. Inzwischen hat die Verwaltungsspitze das Vorhaben selbst still und leise gekippt. Jetzt soll die Dortmunder Dienste GmbH aufgelöst werden. Ihre Aufgaben – in der Hauptsache Aquirieren und Durchführen von Ein-Euro-Jobs in der Trägerschaft der Stadt – sollen in das Sozialamt verlagert werden, zu Teilen auch in die ARGE. Wenn das mal gut geht.

Ebenfalls in der letzten Ausgabe (10.05, Seite 6) hatten wir unser **Kommunales Sofortprogramm** vorgestellt, mit dem wir auf den "unerwarteten Aufschwung der Gewerbesteuer" reagierten. Wir forderten 50 Millionen € für die Förderung der lokalen Ausbildungs-, Arbeits-, Sozial- und Investitionspolitik. Da wir nicht antragsberechtigt sind, baten wir SPD- und Grüne Fraktionen, den Vorschlag zu übernehmen und im Rat einzubringen. Grün antwortete, dass es ihrer Kenntnis nach nur 13 Millionen € mehr seien und dass in den von uns aufgezeigten Bereichen ja schon viel geschehe ... SPD antwortete gar nicht. Übernommen wurde der Antrag nicht. So sind sie.

Der Oberbürgermeister beantwortete im Rat am 10. November einige der Anfragen, die wir vorher gestellt hatten. **Fragen und Antworten** zu Ein-Euro-Jobs im Phoenix-Gelände (ja, die gibt es und das will die Stadt auch), Naziläden "Donnerschlag" (nein, das ist nicht relevant), Haushalte ohne Energieversorgung (nein, man muss sich keine Sorgen machen), Diskussionen um den Flughafen (nein, da tut sich nichts), Herstellung der Wahlunterlagen (nein, das kann noch nicht beantwortet werden). Hier reicht der Platz leider nicht für eine Wiedergabe. Aber die Fragen und Antworten können gelesen - www.linkes-buendnis-dortmund.de - oder bei der o.a. Adresse angefordert werden.